

Spitzenkandidat/innen am Prüfstand

Am 29. September 2024 wählt Österreich einen neuen Nationalrat. Wir haben den Spitzenkandidat/innen der im Nationalrat vertretenen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne und NEOS familienrelevante Fragen gestellt und

sie auf ihre Familienfreundlichkeit getestet. Die ungekürzten Antworten und die Positionen zu vier weiteren Fragen sowie die Antworten der anderen sieben wahlwerbenden Parteien finden Sie auf www.familie.at/nationalratswahl2024.



<p>Die Volkspartei</p>  <p>Karl Nehammer</p>	<p>SPÖ</p>  <p>Andreas Babler</p>	<p>FPÖ</p>  <p>Herbert Kickl</p>	<p>DIE GRÜNEN</p>  <p>Werner Kogler</p>	<p>NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit</p>  <p>Beate Meinl-Reisinger</p>
---	--	---	--	---

Sind Sie dafür, dass die Familienbeihilfe, der Familienbonus+ und andere Familienleistungen abgeschafft werden und stattdessen eine Kindergrundsicherung eingeführt wird?

<p>Ich bin stolz, dass wir in Österreich schon jetzt Europameister sind, was die Familienleistungen betrifft. Ich spreche mich daher gegen die Abschaffung der staatlichen Leistungen zugunsten einer Kindergrundsicherung aus.</p>	<p>Die SPÖ befürwortet die Einführung einer Kindergrundsicherung, die alle bisher bestehenden Leistungen wie Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag zusammenführt und den alten Familienbonus Plus in Zukunft für alle Kinder inkludieren soll.</p>	<p>Wir sind für die Beibehaltung der derzeitigen Familienleistungen, die jederzeit bedarfsgerecht evaluiert werden können.</p>	<p>Die Familienbeihilfe, der Kinderabsetzbetrag sowie der volle Betrag des Familienbonus Plus sollen aus unserer Sicht künftig als eine Leistung der Kindergrundsicherung für alle Kinder ausbezahlt werden. Dazu sollen noch weitere Leistungen kommen.</p>	<p>Wir plädieren für ein liberales Bürgergeld als Kindergrundsicherung, welche diverse Geld- und Sachleistungen zusammenfasst.</p>
---	--	--	--	--

Sind Sie für eine stufenweise Verlängerung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten bis zum 8. Lebensjahr des Kindes?

<p>Unser Vorschlag, ein automatisches Pensionssplitting einzuführen ist eine zentrale Maßnahme, um die Verantwortung bei gemeinsamen Kindern zwischen den Elternteilen fair zu verteilen.</p>	<p>Für die SPÖ ist wichtig, dass ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen, um Frauen eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen. Um aber auch jene Frauen abzusichern, die bereits Kindererziehungszeiten erworben haben, müssen diese besser bewertet werden.</p>	<p>Verbesserungen bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber.</p>	<p>Wir sind klar gegen eine Erhöhung oder Verlängerung der für die Pension anrechenbaren Kinderbetreuungszeiten, da diese Maßnahme noch mehr Ausgrenzung und Ungleichheit von Frauen bedeuten würde.</p>	<p>Wir setzen uns für die Zeit der Kindererziehung für die Einführung eines automatischen Pensionssplittings zwischen den Elternteilen bis zum 10. Lebensjahr des Kindes ein.</p>
---	---	---	--	---

Sind Sie für ein Handyverbot in Volksschulen?

<p>Wir müssen uns mit diesem Thema befassen, gemeinsam und unter Wahrung der Autonomie der Schulen.</p>	<p>Es müssen pädagogische Konzepte entwickelt werden, die den sinnvollen Einsatz digitaler Medien im Schulalltag ermöglichen. So werden Kinder gut auf die digitale Welt und ihre Herausforderungen vorbereitet.</p>	<p>Ein staatlich verordnetes Handyverbot an Volksschulen ist für die FPÖ derzeit kein vorrangiges Anliegen.</p>	<p>Unserer Meinung nach sollten die Regeln am jeweiligen Schulstandort gemeinsam entwickelt und beschlossen werden. Ein zentrales gesetzliches Verbot halten wir nicht für zielführend.</p>	<p>Es braucht jedenfalls zeitnah von Experten ausgearbeitete Optionen, um mit dem Problem „Smartphone in der Schule“ und Social Media für Jugendliche umzugehen.</p>
---	--	---	---	--

Befürworten Sie eine offizielle Statistik und anonyme Motिवforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich?

<p>Politik und Gesellschaft haben die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Frauen im Falle von ungewollten Schwangerschaften bestmöglich zu unterstützen. Ich unterstütze jede Maßnahme, die Betroffene zielgerecht unterstützt.</p>	<p>Die SPÖ setzt sich für einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ein. Jede Frau soll frei wählen können, welche Methode für sie passt. Eine Statistik und Motिवforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen halten wir nicht für zielführend.</p>	<p>Wir stehen zur Beibehaltung der aktuell gültigen Fristenlösung und dem gleichzeitigen Ausbau des Beratungsangebots bei gleichzeitiger Verbesserung der Rahmenbedingungen wie zum Beispiel dem Ausbau der finanziellen Unterstützung.</p>	<p>Wir stehen für legale, sichere und kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche in Wohnortnähe ein. Denn Abbrüche sind in Österreich nach wie vor privat zu zahlen, teuer und für ungewollt Schwangere eine finanzielle Belastung.</p>	<p>Einer Statistik sind wir grundsätzlich nicht abgeneigt, da die richtigen Daten eine Grundlage für gute Politik sind. Eine Motिवforschung kann allerdings als Rechtfertigungszwang missinterpretiert werden.</p>
--	---	---	---	--

Unterstützen Sie die von der Wirtschaft geforderte Senkung des Dienstgeberbeitrages zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)?

<p>Ich bin klar dafür, die Lohnnebenkosten zu senken. Finanziert werden soll das u.a. durch die Überführung eines Teiles der Beiträge des FLAF in das Bundesbudget.</p>	<p>Nein, denn die Senkung von Lohnnebenkosten geht immer zu Lasten des Sozialstaates und bedeutet mittel- und langfristig Leistungseinschränkungen.</p>	<p>Aus unserer Sicht müssen die Leistungen des FLAF auch künftig finanziert werden, und zwar unabhängig davon, ob der FLAF in der jetzigen Form weiterbesteht.</p>	<p>Eine Senkung des Dienstgeber/iinnenbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds ist für uns nur dann diskutierbar, wenn es eine Gegenfinanzierung gibt.</p>	<p>Den Beitrag für Familienleistungen an den Faktor Arbeit zu knüpfen finden wir nicht sinnvoll. Wir würden diese Bereiche über das Budget – also über Steuern – finanzieren.</p>
---	---	--	--	---

Wenn Ihre Partei den/die nächste Familienminister/in stellt, welche zwei Vorhaben würden Sie unbedingt umsetzen wollen; was wäre absolut tabu?

<p>Ausbau der Kinderbetreuung und leistbarer Wohnraum. Absolutes Tabu: die Abschaffung von Familienleistungen wie Familienbeihilfe und Familienbonus.</p>	<p>Kindergrundsicherung und Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenfreie Kinderbildungseinrichtungen ab dem 1. Lebensjahr kämpfen. Absolutes Tabu: Streichung oder Reduzierung von Bekämpfung von Kinderarmut vorzusehen.</p>	<p>Die familiäre Sorgearbeit stärker anerkennen und echte Wahlfreiheit für Eltern in Bezug auf die Kinderbetreuung schaffen. Absolutes Tabu: Streichung oder Reduzierung von Familienleistungen.</p>	<p>Kindergrundsicherung und Rechtsanspruch auf einen kostenlosen, ganztägigen Kindergartenplatz ab dem 1. Geburtstag des Kindes. Absolutes Tabu: Kürzungen bei den Familienleistungen.</p>	<p>Flächendeckender, qualitätsvoller Ausbau der Kinderbetreuung, FLAF-Aufgaben in die regulären Budgets der jeweiligen Ministerien überführen.</p>
---	---	--	--	--

© Anatolir-Shutterstock.com, Nehammer: ÖVP; Babler: Kurt Prinz; Kogler: Wolfgang Zaic; Kickl: FPÖ; Meinl-Reisinger: NEOS